

# Wirtschaftsstandort Deutschland 2014

Wie US-Investoren Situation und  
Perspektiven einschätzen

XI. AmCham Germany Business Barometer

Update Herbst  
2014



**Roland Berger**  
Strategy Consultants

# Auf einen Blick

Sechs zentrale Aussagen von Top-US-Investoren im  
Herbst 2014 zum Standort Deutschland

## 1. Voll im Soll

Die eigenen Geschäfte laufen 2014 teilweise besser, als am Jahresanfang erwartet.

→ Seite 3

## 2. Anhaltende Zuversicht

Deutschlands Wirtschaft verliert an Wachstumstempo, wird aber nicht straucheln.

→ Seite 4

## 3. Risiko Geopolitik

Internationale Konflikte könnten auch Deutschlands Wirtschaft bremsen.

→ Seite 5

## 4. Regierungs-Check

Die Große Koalition erledigt ihren Job bisher vernünftig – aber es ist noch Luft nach oben.

→ Seite 6

## 5. Wachstumsagenda

Die deutsche Politik soll mit lenkender Hand und langem Atem technologische Innovationen anstoßen.

→ Seite 7

## 6. EU-Impulse

Deutschland muss sich in Europa für weniger Bürokratie und für das Freihandelsabkommen TTIP einsetzen.

→ Seite 8

## Zum Schluss

Bernhard Mattes, Präsident der American Chamber of Commerce in Germany, und Prof. Dr. Burkhard Schwenker, Aufsichtsratsvorsitzender von Roland Berger Strategy Consultants, ziehen ein Fazit.

→ Seite 9

---

## Zur Studie

Das AmCham Germany Business Barometer ist eine exklusive Umfrage unter US-Investoren in Deutschland. Es liefert seit elf Jahren eine fundierte Analyse zur Stimmungslage und zu Einschätzungen und Perspektiven am Wirtschaftsstandort.

Das vorliegende Herbst-Update ergänzt zum ersten Mal die jährliche Frühjahrsbefragung, so soll zukünftig ein noch aktuelleres Stimmungsbild gezeichnet werden. Der Online-Fragebogen geht jeweils an ein festes Panel von 100 Unternehmen mit amerikanischem Kapital in Deutschland, zu denen auch die Top-50-US-Unternehmen mit den höchsten Umsätzen am Standort gehören. Durch diese Panelbefragung werden selbst nuancierte Abweichungen in den Einschätzungen und Verhaltensweisen erfasst.

An der Herbststudie haben 42 Panelunternehmen teilgenommen. Sie stehen für einen Jahresumsatz in Deutschland von gut 113 Milliarden Euro und beschäftigen am Standort mehr als 284.000 Mitarbeiter. Die Umfrage fand im Oktober 2014 statt.

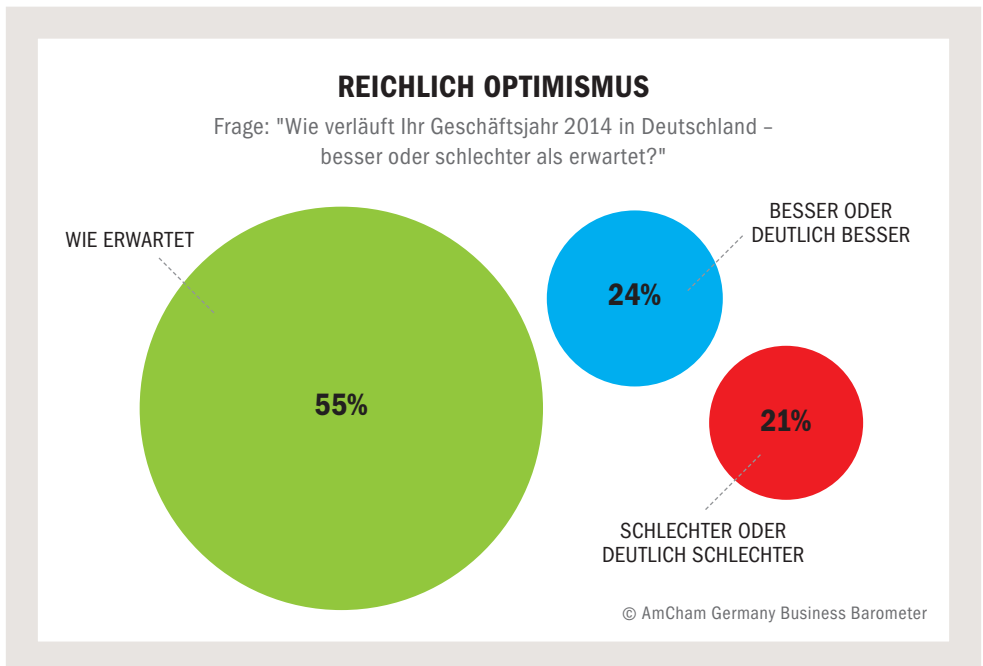
## Ergebnis 1: 2014 wird ein Erfolgswort für US-Unternehmen in Deutschland

Die US-Investoren trotz der Konjunkturedröckung, die sich in Deutschland abzeichnet und die sich in einem mehrmals in Folge gesunkenen Ifo-Geschäftsklimaindex widerspiegelt. Sie vertrauen selbstbewusst der eigenen unternehmerischen Stärke. Fast jeder vierte befragte Topmanager geht davon aus, den Plan für das Geschäftsjahr 2014 zu übertreffen. Mehr als die Hälfte rechnet damit, die gesetzten Unternehmensziele zu erreichen.

Alles in allem kündigt sich für US-Investoren in Deutschland ein Rekordjahr an, denn die Unternehmen hatten in der Frühjahrsumfrage die Latte für 2014 in den unternehmerischen Kernbereichen Umsatz, Beschäftigung und In-

vestitionen hochgelegt. Acht von zehn Befragten sind mit der klaren Erwartung ins Jahr gestartet, beim Umsatz gegenüber dem Vorjahr zuzulegen. Ungefähr jeder Zweite wollte beim Personal und beim Investitionsetat aufstocken.

Die Zuversicht der befragten Führungskräfte bleibt damit im Jahresverlauf ungebrochen. Ein Grund dürfte darin liegen, dass sie den breiten Aufschwung der US-Wirtschaft über ihre Mutterhäuser wahrnehmen und sich davon beflügeln lassen. Die größte Volkswirtschaft der Welt befindet sich wieder auf robustem Wachstumskurs. Das Bruttoinlandsprodukt der USA soll nach Prognosen in diesem Jahr um 2,2 Prozent zulegen – 2015 sogar um 3,1 Prozent.



## Ergebnis 2: Deutschlands Konjunktur legt eine Verschnaufpause ein

Die Medien reihen schlechte Konjunkturnachrichten aneinander, von "Rezession" und "Abwärtsspirale" ist die Rede – doch die Topmanager der US-Firmen zeigen sich davon mehrheitlich unbeeindruckt: Sie glauben an die Stärke der deutschen Volkswirtschaft. Mehr als 60 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass die Konjunkturentwicklung in den kommenden sechs Monaten mindestens stabil bleiben wird. Weniger als 40 Prozent glauben an eine Verschlechterung.

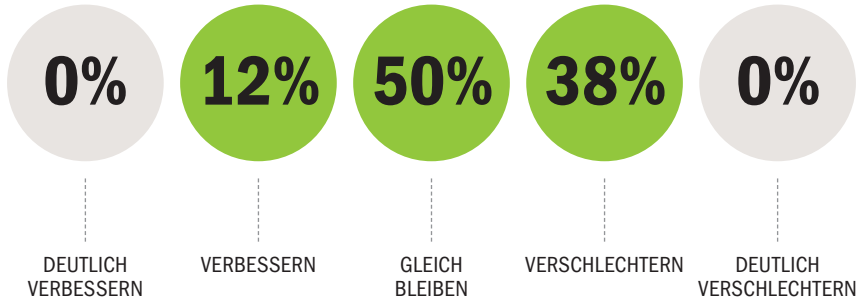
Der Blick auf die Detailergebnisse ist aufschlussreich. Dass es für übergroßen Optimismus ("Konjunktur verbessert sich deutlich")

keine Stimmen gab, war zu erwarten. Die weltweiten Krisen, Kriege und Epidemien in den vergangenen Monaten haben bei den stark exportorientierten deutschen Unternehmen für Investitionsunsicherheit gesorgt. Hingegen überrascht es, dass kein einziger Topmanager einen übergroßen Pessimismus ("Konjunktur verschlechtert sich deutlich") an den Tag legt.

Unter dem Strich: Ein Absturz der deutschen Wirtschaft ist aus Sicht der US-Investoren mehr als unwahrscheinlich. Ihre Einschätzung der aktuellen Lage: Die Konjunktur bekommt eine Delle, aber keinen Knick.

### STANDORT IN ROBUSTER VERFASSUNG

Frage: "Wie wird sich Deutschlands Konjunktur in den kommenden sechs Monaten entwickeln?"



© AmCham Germany Business Barometer

## Ergebnis 3: Die größten Konjunkturunsicherheiten kommen von außen

Trotz durchweg positiver Grundstimmung – ein Restrisiko bleibt. Die Geopolitik hat auch auf US-Firmen negative Auswirkungen. Konflikte wie jetzt in der Ukraine und im Nahen Osten, und womöglich weitere regionale oder gar globale Verwerfungen, dämpfen bei fast 90 Prozent der Topmanager die Konjunkturaussichten deutlich. Mit ihren Unternehmen erleben sie immer häufiger, wie unerwartete geopolitische Entwicklungen ihre Wirtschaftsaktivitäten einschränken. Deswegen hat es seine Logik, dass verschlechterte Exportbedingungen als drittgrößter Risikofaktor gelten (43 Prozent).

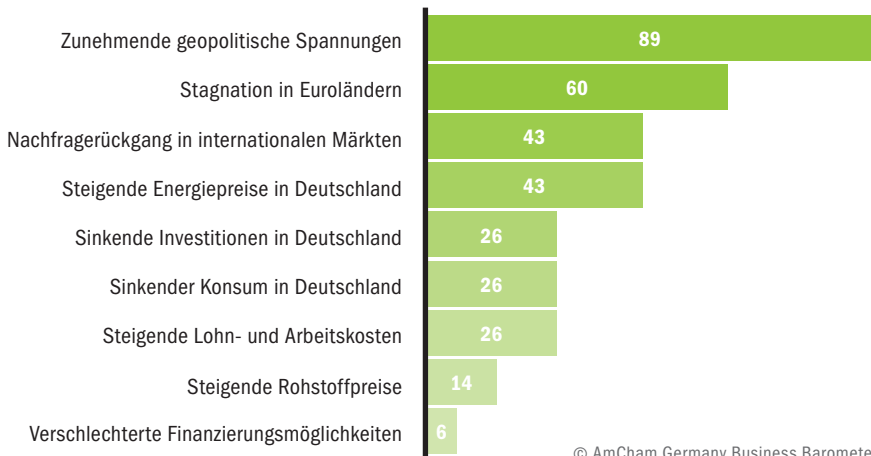
Die Sorge über die Wirtschaftsentwicklung bei Deutschlands wichtigen europäischen Han-

delspartnern rangiert in der Liste noch einen Platz davor (60 Prozent). Den aktuellen Prognosen der EU-Kommission für 2015 zufolge werden Frankreich und Italien als zweit- und drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone mit Wachstumsraten unter einem Prozent beinahe stagnieren.

Innenpolitisch bleibt die Energiewende eine Herausforderung. Fast jeder zweite Befragte sagt, dass hohe Energiepreise Deutschlands Konjunktur bremsen könnten. Dagegen gibt das Panel Entwarnung bei den Finanzierungsbedingungen für Unternehmen: Lediglich sechs Prozent der Befragten glauben, dass es hier kritisch werden könnte.

### HERAUSFORDERNDE RAHMENBEDINGUNGEN

Frage: "Was könnte die Konjunktur in Deutschland in den kommenden Monaten am stärksten bremsen?" (in Prozent)



© AmCham Germany Business Barometer

## Ergebnis 4: Die Große Koalition erfährt Zustimmung trotz Schwächen

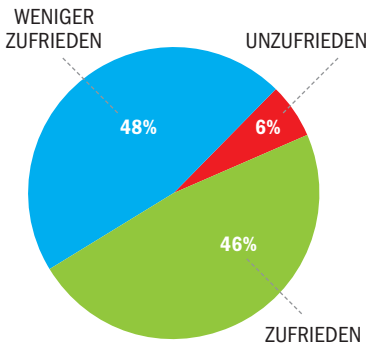
Die Große Koalition hat durch einige sozialpolitische Beschlüsse im ersten Regierungsjahr (Rente mit 63, Mütterrente, Mindestlohn) viel Kritik vor allem von Ökonomen und Wirtschaftsverbänden auf sich gezogen. Die Topmanager von US-Firmen in Deutschland zeigen sich gelassener. Sie stellen der Regierung ein positives Zeugnis aus. Fast jeder Zweite (46 Prozent) ist "zufrieden" mit der Arbeit des Bündnisses aus Union und SPD. Der Anteil der "Unzufriedenen" liegt im einstelligen Prozentbereich. Ein erstaunliches Gesamtergebnis im Hinblick auf die eher skeptische Grundhaltung der Wirt-

schaft gegenüber der Politik. Als wesentliche Kritikpunkte an der Regierungsarbeit sagen die Befragten, dass strukturelle Probleme gar nicht, zaghafte oder unkoordiniert gelöst würden. Letzteres dürfte unter anderem auf Straßenmaut und Energiewende gemünzt sein.

Beide Einzelergebnisse lassen sich zusammen so interpretieren: Die Große Koalition wird im Prinzip als starkes Bündnis gesehen, das seine breite Mehrheit im Parlament häufiger für mutige Reformen nutzen sollte. Welche Wünsche das AmCham Germany-Panel an die Politik hat, wird im Folgenden analysiert.

### DIE GROSSE KOALITION ERHÄLT EIN ORDENTLICHES ZEUGNIS ...

Frage: "Wie zufrieden sind Sie nach fast einem Jahr Große Koalition in Berlin mit deren Wirtschafts- und Sozialpolitik?"



© AmCham Germany Business Barometer

### ... SIE SOLLTE ALLERDINGS NOCH MUTIGER AGIEREN

Die wichtigsten Gründe für Unzufriedenheit mit der Großen Koalition

82%

Wichtige Themen werden zögerlich oder gar nicht angefasst

81%

Maßnahmen gehen in die falsche Richtung

74%

Es gibt zu wenig Koordination und Abstimmung

67%

Allgemein kommen die Belange der Wirtschaft zu kurz

© AmCham Germany Business Barometer

## Ergebnis 5: Deutschland muss innovativer, agiler und digitaler werden

Überraschende Antworten bei der Frage nach Deutschlands Zukunftsagenda: Zu den Topprojekten in den kommenden Monaten zählen die US-Investoren zwei vermeintlich "weiche" Politikthemen. Zwei von drei Befragten sagen, dass die Politik in Deutschland das Streben der Unternehmen und der Menschen nach Innovationen fördern muss.

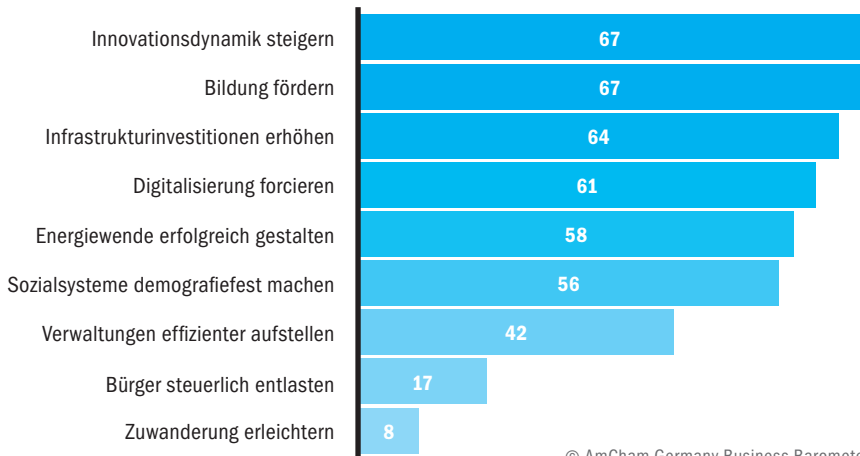
Ebenso groß ist die Zustimmung zu einer Bildungsoffensive, die als Schlüssel verstanden werden kann, die Technologieführerschaft vor allem in der Industrie zu sichern und auszubauen. In das große Zielbild vom Innovations- und Wissensstandort passt der Wunsch, dass

die Regierung mehr Engagement beim Umbau zu einer digitalen Wirtschaft und Gesellschaft zeigen solle – diese Maßnahme erreicht Platz vier im Ranking mit 61 Prozent.

Aber auch einige sehr konkrete Agenda-punkte finden Zustimmungsraten von über 50 Prozent. Genannt werden höhere Infrastrukturinvestitionen, eine erfolgreich gemanagte Energiewende und die Anpassung der Sozialsysteme (vor allem der Krankenversicherung) an die demografische Alterung. Es fällt auf, dass weder die Steuer- noch die Zuwanderungspolitik bei den Führungskräften zurzeit hohe Priorität genießen.

### MUT ZUR MODERNISIERUNG

Frage: "Welche nationalen Themen sollte die deutsche Politik in den kommenden Monaten besonders verfolgen?" (in Prozent)



© AmCham Germany Business Barometer

## Ergebnis 6: Europa sollte neue Wachstumsimpulse setzen

Zu einer zukunftsgerichteten europäischen Wirtschaftspolitik gehört für nahezu drei von vier US-Unternehmen ein Bürokratieabbau auf EU-Ebene. Die überraschend hohe Priorität des Themas erklärt sich daraus, dass die Führungskräfte von Deutschland aus häufig das Geschäft in Nachbarstaaten mitverantworten. Sie sind deshalb bestens im Bilde über europäische Entwicklungen und sensibilisiert dafür, wie die EU-Institutionen in Brüssel mit einigen Vorgaben die Wirtschaft bremsen und belasten.

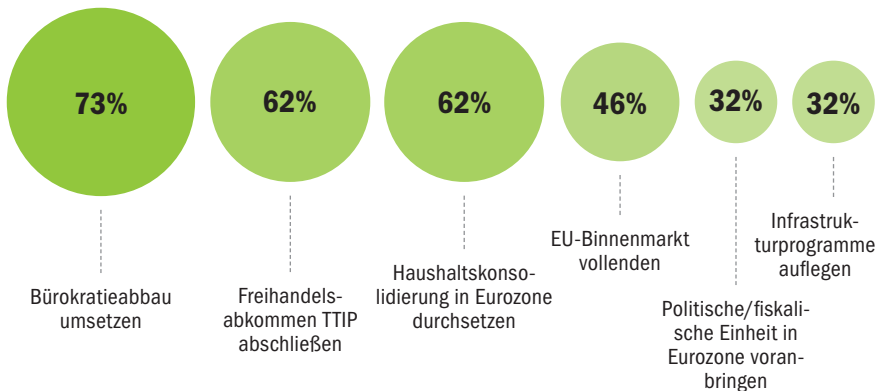
Zudem fordert die deutliche Mehrheit der Panelteilnehmer (62 Prozent), das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU abzuschließen, um die Wachstumschancen des transatlantischen Marktes zu

nutzen. Das Abkommen hat das Potenzial, die beiden Wirtschaftsräume langfristig auf globaler Ebene wettbewerbsfähig und innovativ zu halten. Klar positionieren sich die Topmanager bei der Streitfrage, ob die Euroländer ihren Sparkurs für kreditfinanzierte Ausgabenprogramme aussetzen sollen: 62 Prozent der Befragten sind dagegen, sie plädieren für die Fortführung der Haushaltskonsolidierung.

In der Prioritätenliste folgt die Vollendung des EU-Binnenmarktes (46 Prozent). Hier geht es um den Abbau von Handelsbarrieren, Investitionen in neue Fertigungskonzepte, Digitalisierung, Förderung mittelständischer Unternehmen, Freizügigkeit und intelligente Verkehrslösungen.

### WACHSTUMSHEBEL FÜR DIE EU

Frage: "Welche Themen sollte die deutsche Politik in Europa vorantreiben?"



© AmCham Germany Business Barometer



## Fazit: Worauf es für Deutschland und Europa jetzt ankommt



**Bernhard Mattes,**  
Präsident,  
AmCham Germany:

*"Die US-Unternehmen glauben an die Stärke des Standorts Deutschland. Es kommt nicht von ungefähr, dass der Standort mit 2.200 operativen Firmen mit amerikanischem Kapital im europäischen Vergleich derjenige mit der höchsten Konzentration von US-Investoren ist. Das Herbst-Update des Business Barometers zeigt: Das Geschäft der amerikanischen Unternehmen in Deutschland bleibt trotz der Konjunkturertrübung stabil. Die Grundhaltung und die Investitionsabsichten der Unternehmen für den deutschen Markt sind positiv. Deutschland belegt wirtschaftlich eine Spitzenposition, aber diese Position verlangt nach einem kontinuierlichen 'An-sich-Arbeiten'. Dafür braucht es eine dynamische Wirtschaftspolitik. Denn zugleich sehen die US-Firmen weiterhin dringend Handlungsbedarf in den Schlüsselbereichen Innovation, Bildung und Energie sowie beim Ausbau der Infrastruktur.*

*Der Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit den USA für das Exportland Deutschland kommt dabei eine große Bedeutung zu. Hierzu zählt das TTIP-Abkommen. Wenn sich die zwei größten Wirtschaftsräume der Welt – USA und EU – auf ein umfassendes Abkommen einigen, wird Wachstum neu belebt und der transatlantische Raum auf lange Sicht positiv verändert. Die Vereinigten Staaten sind Deutschlands wichtigster außereuropäischer Handelspartner. Es gilt nun, diese enge Partnerschaft zu stärken, damit Deutschland und Europa als Standorte auch in Zukunft innovativ und wettbewerbsfähig bleiben."*



**Prof. Dr. Burkhard  
Schwenker,**  
Aufsichtsratsvor-  
sitzender,  
Roland Berger:

*"Die geopolitischen Entwicklungen hinterlassen erste Spuren in Deutschland und Europa. Bei international aufgestellten und verankerten Unternehmen steigt die Unsicherheit – Investitionsentscheidungen werden verschoben und Planungen korrigiert. Aber Europa besitzt große Hebel für eine neue Dynamik. Die Vollendung des Binnenmarktes, der zügige Abschluss des Freihandelsabkommens TTIP sowie der Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur können das Wachstum deutlich beschleunigen.*

*Gerade auch letztere Maßnahme ist zentral. Der Investitionsbedarf für dringend notwendige Infrastrukturen bei Verkehr, Wasser, Energie und Breitband hat sich inzwischen auf mehr als 2 Billionen Euro bis 2020 summiert. Das Nichthandeln ist schon deswegen fahrlässig, weil Europas vorhandene industrielle Kompetenz perspektivisch nur dann zählt, wenn sie auf leistungsfähigen und effizienten Transport- und Versorgungsnetzen aufsetzen kann, wenn Kommunikationsnetze verfügbar sind, um Produktionssysteme zu den 'Smart Factories' zu verknüpfen, die künftig so wichtig sein werden. In einer Analyse konnten wir zeigen, dass Europa mit einem zusätzlichen Wachstum von einem Prozent rechnen kann, wenn jedes Jahr nur 80 Milliarden Euro in zentrale Infrastrukturprojekte fließen. Zusammen mit den anderen beiden Maßnahmen ist für Europa ein nachhaltiger Wachstumssprung von zwei Prozentpunkten möglich."*

### **AmCham Germany**

Dipl.-Kfm. Andreas L.J. Povel  
General Manager  
Börsenplatz 7-11  
60313 Frankfurt am Main

Tel. +49 69 929104-0  
Fax +49 69 929104-11  
E-Mail: [presse@amcham.de](mailto:presse@amcham.de)  
[www.amcham.de](http://www.amcham.de)

### **Roland Berger Strategy Consultants**

Klaus Fuest  
Dirk Horstkötter  
Mies-van-der-Rohe-Straße 6  
80807 München

Tel. +49 89 9230-0  
Fax +49 89 9230-8599  
E-Mail: [press@rolandberger.com](mailto:press@rolandberger.com)  
[www.rolandberger.com](http://www.rolandberger.com)